

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis monatl. drei Haus 2,50 M. (Halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgeld) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Winterbahnstr. 2 / Fernsprecher: 17 239 / Postfach Dresden Nr. 18 694, Dresdner Verlagsgesellschaft / Geschäftsleitung: Dresden-Alt, Winterbahnstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 239 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gehaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt, Winterbahnstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Freitag den 21. Juni 1929

Nummer 142

Verstärkter Angriff gegen die Erwerbslosen

Ein Vorstoß des Zentrums / Druck auf die SPD / Die Sozialdemokraten vor der Kapitulation
Große Wahlerfolge der Kommunisten in Lublin / Barrikaden in Polen

Ein Zentrumsbrief an Hermann Müller

Berlin, 21. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Die Reichstagsfraktion des Zentrums hat gemeinsam mit der Bayerischen Volkspartei an den Reichstanzler einen Brief gerichtet, der sich in der Form gegen das Vorgehen der Demokraten und der Volkspartei in der Frage der Arbeitslosenversicherung richtet und in dem gefordert wird, unverzüglich eine Besprechung der Fraktionsführer unter Hinzuziehung der sozialpolitischen Sachverständigen der Fraktionen einzuberufen mit dem Ziel, ein gemeinsames Vorgehen der Regierungsparteien in der Frage der Arbeitslosenversicherung noch vor der Sommerpause des Reichstages zu ermöglichen.

Die sozialdemokratische Presse behauptet, dieser Schritt des Zentrums (das gleichzeitige Vorgehen der Bayerischen Volkspartei unterläßt die SPD-Presse) richte sich gegen den Vorstoß der Deutschen Volkspartei auf radikalen Abbau der Arbeitslosenversicherung. In Wahrheit wollen Zentrum und Bayerische Volkspartei damit die sofortige Verschärfung der geplanten Verschlechterungen erzwingen. Ganz richtig nennt die volksparteiliche Deutsche Allgemeine Zeitung den Schritt einen Druck auf die Sozialdemokratie und stellt fest, daß nunmehr die Fraktionen der Großen Koalition die „Reform“ der Arbeitslosenversicherung fordern.

Unter dem Druck der bürgerlichen Parteien entlarvt sich das Fetzungsstück der SPD-Führer um die Arbeitslosenversicherung immer als annehmbar war.

Am Montag sagte die Müller-Regierung den Beschluß, auf Ertragssteigerung und Sofort-Programm zu verzichten, damit im Herbst die Durchführung der reaktionären Arbeitslosenversicherungsreform um so reibungsloser vor sich gehen kann. Am Mittwoch trompetete die sozialdemokratische Presse noch in den härtesten Tönen: „Der Kampf geht im Herbst weiter!“ — Und am gleichen Tage brachten die volksparteilichen Koalitionsbrüder die von uns bereits veröffentlichten Anträge zur Arbeitslosenversicherung ein, die für das gesamte Erwerbslosenerhebungs schwerste Maßnahmen bedeuten. Auch die demokratische Reichstagsfraktion hat einen Beschluß gefaßt, noch vor Auseinandergang des Reichstages entsprechende Anträge einzubringen, die sich an die volksparteilichen anlehnen, in härtester Weise den Abbau der Arbeitslosenunterstützung in sich tragen.

Nach orakelt der Donnerstag-Vorwärts über den Vorstoß seiner Koalitionsbrüder folgendermaßen:

„Ein Verdienst wird man den Vorschlägen der Volkspartei nicht absprechen können: Sie zeigen, wohin die Reise gehen soll (!) Woher die Mehrheit kommen soll, die sich diese Vorschläge zu eigen macht, bleibt freilich im Dunkeln... Es ist eigentlich selbstverständlich, daß erst das Ergebnis der von der Reichsanstalt eingeleiteten Erhebungen abgewartet wird, bevor man entscheidende Beschlüsse faßt. Unmöglich, das Verlangen, das Problem noch in diesem Sitzungsabschnitt des Reichstages zu lösen.“

Die Angst davor, daß Volkspartei und Demokraten mit der Unterstützung der Deutschnationalen und erst. auch des Zentrums ihre Forderungen in offener Reichstagsabstimmung durchsetzen werden, spricht aus jeder Zeile des Vorwärts. Die SPD-Führer wollen ja gern um der Ministerstühle willen die Wünsche der Koalitionsbrüder erfüllen, aber eben erst zum Herbst, weil sie im Augenblick, da die Augen der gesamten Arbeiterschaft auf die Arbeitslosenversicherung und die Haltung der SPD-Führer gerichtet ist, die Empörung der Arbeiterschaft fürchten. Da aber die Volkspartei nicht zurückweichen wird, wird es so kommen, wie wir es so kommen, wie wir bereits öfters vorausgesagt haben. Die bürgerlichen Parteien nehmen im Reichstag die ungeheuerlichen Erwerbslosen-Abbauvorschläge der Volkspartei an, und die SPD-Führer stellen sich wieder einmal als die armen vergewaltigten unschuldigen Arbeiter hin. Werden die sozialdemokratischen Arbeiter dann ihren Führern immer noch Glauben schenken? Entschlossener Bruch mit der Partei des permanenten Arbeiterverrats ist das Gebot der Stunde. Die gesamte Arbeiterschaft muß sofort gegen den Vorstoß auf die Arbeitslosenversicherung Stellung nehmen. In allen Betrieben müssen die Arbeiter Entschlüsse gegen die reaktionären Pläne fassen. Die Absichten der Reaktion müssen auf die geschlossene Abwehr der gesamten Arbeiterschaft stoßen.

Die Linken vollführen dabei wieder die üblichen Verwirrungsmänöver. Aufhäuser schreibt einen Artikel mit der großen Ankündigung: „Der Kampf geht weiter!“ Dabei schreibt er aber gleichzeitig: „Die Sozialdemokratie war bereit, auch die tariflichen Abstände im geltenden Arbeitslosenversicherungsgesetz durch eine vor den Reichstagsferien zu verabschiedende Novelle zu beheben.“

Die SPD ist zum Verrat bereit. Nur die entschlossene Gegenwehr der Arbeiter kann den Angriff abwehren.

Zum 1. August rüstet zur Kundgebung gegen imperialistischen Krieg und Reaktion!

Barrikadentämpfe in Polen

Warschau, 21. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Zwischen den Arbeitern der Fabrik Kruscha u. Ember bei Lodz und der Polizei kam es gestern zu Zusammenstößen. Die 4000 Mann starke Belegschaft war in den Straß getreten und hatte durch Streikposten die Ausführung von Streikbrecherarbeit verhindert. Die Polizei unternahm einen brutalen Angriff auf die Streikposten und demonstrierenden Arbeiter. Diese setzten sich jedoch zur Wehr und verschanzten sich hinter Barrikaden. Es gab auf beiden Seiten Verwundete. Viele Streikende wurden verhaftet.

Die Gegenwehr der Lodzer Arbeiter auf den Barrikaden ist nach den Berliner Barrikadentämpfen ein erneutes Zeichen für das Anwachsen der revolutionären Bewegung im Proletariat. Die Barrikadentämpfe signalisieren die Verschärfung der Klassenkämpfe und das Heranrücken revolutionärer Auseinandersetzungen.

Großer Wahlerfolg der Kommunisten in Polen

Die Sozialdemokraten verlieren 60 Prozent Stimmen, der Regierungsbund 40 Prozent

Lublin, 21. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Das Ergebnis der vor einigen Tagen stattgefundenen Kommunalwahlen zeigt einen ungeheuren Wahlerfolg der Kommunisten. Für die kommunistische Liste, die von der Polizei annulliert wurde, sind 6933 Stimmen abgegeben worden, gegenüber 3225 Stimmen für die Liste der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratische Partei hatte bei den letzten Sejmwahlen 9691 Stimmen. Der Stimmenerlust beträgt über 60 Prozent. Der Regierungsbund hat über 40 Prozent der Stimmen verloren. 1928 hat er 11 402 Stimmen, jetzt 6672 Stimmen.

Die Zahl der nichtunterstützten Erwerbslosen steigt

Nach dem Bericht des Reichsarbeitsblattes waren Ende April 1929 vorhanden:

Arbeitsuchende	1 951 076
Arbeitslosenversicherung	1 125 968
Arbeitslosfürsorge	198 780
Nichtunterstützte	626 328

Die Zahl der Arbeitsuchenden ist im Vergleich zum Februar (dem Höchststand der Erwerbslosen im vergangenen Winter) gesunken, gegenüber dem Monat April ist jedoch ein Mehr von rund 600 000 vorhanden!

Ganz besonders auffällig ist die Zahl der nichtunterstützten Erwerbslosen im Vergleich zu den vorhergehenden Monaten. Es waren vorhanden:

Januar	611 432
Februar	607 618
März	579 913
April	626 328

Die Aufstellung zeigt, daß trotz des Sinkens der Arbeitsuchenden die Zahl der Nichtunterstützten um 38 710 gestiegen ist. Und weiter, daß die Zahl der Nichtunterstützten zur Zeit fast ein Drittel sämtlicher Arbeitsuchenden umfaßt.

Dynamit

Das Polizeipräsidium Hannover teilt amtlich mit: Es ist festgestellt worden, daß die in der „Roten Hilfe“ gefundenen Sprengstoffe aus dem Steinbruch der hannoverschen Kalk- und Mörtele-Werke in Springe stammen. Dort ist im Juni vorigen Jahres ein Einbruch in den Pulverraum verübt worden. Der angebliche Unbekannte, der auch als Urheber des Sprengstoffanschlages auf die Vorwärts-Bereitschaft in Betracht kommt, gehört der KPD als Mitglied an.“ (Polizeibericht Hannover.)

Es scheint festzustehen, daß die KPD in direktem Zusammenhang mit dem Sprengstoffattentat steht.“ („Der Abend“, Spätausg. des „Vorwärts“, Nr. 280.)

Die ganze Partei muß dem „Sprengstoffattentat“ in Hannover größte Aufmerksamkeit widmen. Es ist kein Zufall, daß just in dieser Zeit und ausgerechnet in Hannover „Sprengstoff“ im Büro der „Roten Hilfe“ gefunden werden sollte. In Hannover die „Sprengstoffattentate der Kommunisten“ gerade jetzt wieder eine Rolle gespielt.

Das Hannover Rostes, das Hannover Haarmanns! Ist das etwa nur ein Zufall?! Es ist gar nicht verwunderlich, daß dort die „Sprengstoffattentate der Kommunisten“ gerade jetzt wieder ihre besondere Rolle spielen werden.

Und wie sie lägen, die Kerle im Polizeipräsidium: „Es ist festgestellt worden, daß die in der „Roten Hilfe“ gefundenen Sprengstoffe...“ Wer hat gefunden? Es ist notwendig, daß wir nochmals mit aller Deutlichkeit den Hergang mit der Sprengstoff-Werke in Hannover feststellen. Im Büro der KH Hannover wird eine Kiste zunächst unbekanntes Inhalts aufgefunden. Die Angestellten der „Roten Hilfe“ waren der Auffassung, daß jemand kein „Gepäck“ zeitweilig dort unterstellen wollte und wieder abholen würde. Als gegen Abend die Abholung nicht erfolgte, hat der Genosse Abel die Kiste geöffnet und fand in ihr Sprengstoff. Genosse Abel unternahm in diesem Fall sofort das einzig Richtige; er verschloß das Büro und forderte von der Polizei die Abholung des Sprengstoffes. Das Ärgern der Polizei, die nötigen Feststellungen zu machen, beweist, wie unangenehm die Aufdeckung der Sprengstoffgeschichte durch den Genossen Abel dem Polizeipräsidium war. Das ist der nackte Tatbestand, wie er bereits durch die Parteipresse bekanntgegeben wurde.

Warum läßt jetzt die Polizei, daß sie es war, die im Büro der KH Sprengstoffe gefunden hätte, nachdem einwandfrei festgestellt wurde, daß sie erst auf die Aufforderung des Genossen Abel zum „Öffnen“ gezwungen werden mußte? Der Genosse Abel sagte der Polizei, als er seine Meldung machte, auf den Kopf zu, daß die Dynamikliste von den Agenten der Polizei in dem Büro der KH untergebracht wurde. Dasselbe wurde sofort in unserer Parteipresse festgestellt. Weshalb ist zu dieser doch schweren Angelegenheit das Polizeipräsidium Kosses so schweigmäßig?

Es ist ganz klar, welchen Zwecken die Sprengstoffliste im Büro der KH dienen sollte. Das ausgerechnet ein „Kommunist“, der die Absicht hatte, eine Bank, die sich im gleichen Hause befindet, zu sprengen, in dem die KH ihr Büro hat, keinen Sprengstoffvorrat im Büro der KH unterstellt, dieser Gedanke ist so dumm und dreist, daß ihm kein Mensch mit gesundem Sinn auch nur glauben wird. Einer solchen Dummheit ist nur ein preußisches Polizeipräsidium fähig. Und was der Polizeibericht noch weiter zu sagen hat: „Der Sprengstoff soll angeblich im Juni 1928, also vor mehr als einem Jahre, im Steinbruch der hannoverschen Kalk- und Mörtele-Werke in Springe gestohlen worden sein.“ Ueber ein Jahr wird also dieser Sprengstoff an einer anderen Stelle aufbewahrt; in dem Augenblick, wo er gebraucht wird, bringt man ihn in das Büro der KH. Diese ganze Sache trägt so offenkundig den Polizeitempel auf der Stirn, daß es in keiner Weise schwer fällt, die Urheber des sogenannten Sprengstoffattentats in Hannover festzustellen. „Der Attentäter gehört der KPD als Mitglied an.“ Selbst angenommen, es wäre der Fall, dann wäre damit nur bestätigt — wie wir das schon wiederholt festgestellt —, daß die Polizei ihre Agents provocateurs in die Reihen unserer Partei jendet, um sich eine Handhabe für das Vorgehen gegen unsere Partei wenigstens für die öffentliche Meinung zu verschaffen.

Was sollte mit der Sprengstoffliste gesprengt werden? So dumm der ganze Plan war, so viel polizeitechnische Methoden steckt aber dahinter. In der Nacht, als abends zuvor der Genosse Abel vom Polizeipräsidium den Mittransport der Sprengstoffliste, die die Polizei in das Büro der KH selbst eingeschmuggelt hatte, energisch forderte, geschah in der erwähnten Bank in